

Schreiben von Willy Brandt an Pierre Werner (Bonn, 1. Februar 1971)

Legende: Am 1. Februar 1971 richtet der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Willy Brandt ein persönliches Schreiben an Pierre Werner, luxemburgischer Staatsminister, Regierungspräsident und Finanzminister, in dem er ihn erneut seiner Unterstützung für den Werner-Plan zur stufenweisen Verwirklichung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion versichert.

Quelle: Archives familiales Pierre Werner, Luxembourg.

Urheberrecht: (c) Archives familiales Pierre Werner

URL: http://www.cvce.eu/obj/schreiben_von_willy_brandt_an_pierre_werner_bonn_1_februar_1971-de-650fb497-ca9f-45c7-a158-d42472d0e702.html

Publication date: 19/12/2013

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Bonn, den 1. Februar 1971

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wenn ich Ihnen erst heute für Ihr freundliches Schreiben vom 29. Dezember 1970 danke, so wollte ich zunächst meine Gespräche in Paris mit Staatspräsident Pompidou abwarten, um Ihnen zugleich zu dem Ihnen wie mir am Herzen liegenden Thema der weiteren Behandlung des Stufenplans etwas Näheres sagen zu können.

Sie haben mit Recht Ihre Wünsche zum Jahreswechsel, die ich herzlich erwidere, in Zusammenhang zu dem europäischen Aufbauwerk gebracht, um dessen Förderung wir uns im nächsten Jahr in gleicher Weise bemühen wollen. Ein sehr wichtiger Teil der Arbeiten des letzten Jahres ist mit Ihrem Namen verbunden und ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, um Ihnen noch einmal den Dank der Bundesregierung abzustatten.

Ich betrachte den "Werner-Bericht" nach wie vor als grundlegend und richtungweisend. Das von uns in Den Haag proklamierte Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion muß nunmehr in gemeinsame Entschlüsse gefaßt werden, die uns die Gewähr dafür geben, daß der Prozeß irreversibel

Seiner Exzellenz
dem Großherzoglich Luxemburgischen
Ministerpräsidenten

Herrn Pierre W e r n e r

L u x e m b u r g

- 2 -

ist und daß die Währungsunion, deren Bedeutung Sie besonders hervorheben, zugleich eine Wirtschaftsunion mit gesicherter Stabilität und zufriedenstellendem Wachstum wird.

Bei unseren Gesprächen in Paris konnten und wollten wir nicht die Einigung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft vorwegnehmen, aber ich hoffe, daß wir doch mitgeholfen haben, diese Einigung zu beschleunigen.

Präsident Pompidou und ich haben den politischen Willen bestätigt, in einem vernünftigen Zeitraum, etwa einem Jahrzehnt, die Union zu verwirklichen. Auf dem Weg zu diesem Ziel wollen wir realistisch und pragmatisch vorgehen. Nachdem wir uns in Brüssel über den Inhalt der ersten etwa dreijährigen Phase weitgehend geeinigt haben, sollte es nunmehr möglich sein, für die weiteren Phasen einige allgemeine Grundsätze aufzustellen. Dazu gehört der in Brüssel bereits anerkannte Grundsatz, daß der Gemeinschaft die zur Kohäsion der Wirtschafts- und Währungsunion und Wirksamkeit ihrer Aktion erforderlichen Befugnisse zugewiesen werden. Ich habe gegenüber meinen französischen Gesprächspartnern zum Ausdruck gebracht, daß die Organe der Gemeinschaft, einschließlich des Europäischen Parlaments, zu diesem Zweck selbstverständlich in die Lage versetzt sein müssen, jeder Zeit die ihnen übertragenen Befugnisse auszuüben; dazu gehört auch, daß die nationalen Zentralbanken in der Perspektive ihrer Zusammenfassung in einer europäischen Zentralbankorganisation einen unmittelbaren Beitrag zu der Realisierung der wirtschafts- und währungspolitischen Ziele der Union erbringen.

- 3 -

Die französische Regierung ist einverstanden, daß während der ersten Etappe der Rat mit Unterstützung der Kommission die zum Eintritt in die nächsten Phasen notwendigen Maßnahmen, sowohl auf wirtschafts- und währungspolitischem Gebiet als auch auf institutionellem Gebiet, untersucht. Dabei schließt die französische Regierung die Möglichkeit von Vertragsänderungen keineswegs aus, ohne daß sie es bisher für notwendig und wünschenswert erachtet, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß für die Maßnahmen, die in den weiteren Stufen nicht auf Grundlage der derzeitigen Vertragsvorschriften durchgeführt werden können, die Verfahren nach Artikel 235 bzw. Artikel 236 durchzuführen wären.

Um deutschen Sorgen wegen eventueller mangelnder Parallelität in den wirtschafts- und währungspolitischen Fortschritten entgegenzukommen, schlug Präsident Pompidou eine Vorbehaltsklausel vor, die es ermöglichen würde, einem Mitgliedstaat den monetären Beistand dann zu entziehen, wenn er nicht bereit sein sollte, einem Verfall seiner Währung durch geeignete Gesundungsmaßnahmen entgegenzuwirken. Dieser Gedanke wird noch im einzelnen zu prüfen sein. Im Laufe der Gespräche wurde von deutscher Seite ferner als zusätzliche Überlegung der Gedanke eingeführt, der Gefahr der Blockierung der Entwicklung zum Ende der ersten Stufe dadurch zu begegnen, daß alle monetären Maßnahmen, Institutionen und Mechanismen der ersten Stufe auf etwa vier Jahre oder etwas mehr begrenzt würden. Läßt sich im Laufe der ersten Stufe nicht die vereinbarte Parallelität zwischen wirtschafts- und währungspolitischen Fortschritten herstellen, so erhielten die Regierungen auf diese Art und Weise eine zusätzliche Spanne, um das Notwendige nachzuholen.

- 4 -

Der bevorstehenden Fortsetzung unserer Beratungen in Brüssel sehe ich vertrauensvoll entgegen. Sie können versichert sein, daß die Bundesregierung das Ihre tun wird, um das Werk, dem Sie soviel Ihrer Kraft gewidmet haben, in die Wirklichkeit umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

14

W. K.